

# Arbeiter-Zeitung

Organ des Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale.

zu den Freigewerkschaften:

„Der rote Stern“, „Der Kommunistische Gewerkschaftler“,  
„Rote Bluse“, „Die Kommunistin“, „Der Genossenschaftler“  
„Sklave“, „Der Jungprolet“

## Vom Tage

Die drei freigewerkschaftlichen Parteien Dassel-  
dorf erlassen einen Aufruf, nach dem sie die Verantwortung in Sachen  
des Volksentscheides übernommen haben.

In Berlin fanden gestern abend mächtige öffentliche  
Versammlungen für den Volksentscheid statt, die lange vor  
Beginn überfüllt waren.

Heute wird im Reichstag die Regierungserklärung von  
Dr. Luther abgegeben werden. Nach Beendigung der Debatte wird am  
Freitag die Abstimmung über die Vertrauensklärung sein.

Die Rote Flotte Matrosen, die Matrose des letzten Medlen-  
burg-Königreichs, hat gegen die Großherzogin einen Prozeß  
gewonnen, so daß sie nunmehr für ihre auftreibende Nachtarbeit  
eine jährliche Rente von 6000 Mark erhält.

Nach bürgerlichen Pressemeldungen sollen in Jugoslawien  
mehrere Offiziervereinigungen aufgedeckt und 30 Offiziere verhaftet  
worden sein, die sächlich kommunistische Propaganda be-  
trieben hätten.

Auf den Protest des Sowjet-Botschafters hat der konterrevolutionäre General Tschangtscholin den voraussetzenden Direktor der Ost-  
sibirischen Bahn Jwanow freigelassen.

## Worauf es ankommt

ad. Breslau, den 26. Januar 1920.

„Es ist die Ohnmacht der deutschen Sozialdemokratie,  
die wie ein Fluch auf Europa lastet“, rief Faure's  
zum ersten internationalen Kongreß den sozial-  
demokratischen Führern, besonders aber August Bebel zu.  
Wollen wir das Wort Faures variieren, so können wir  
feststellen: Es war die Ohnmacht und die klägliche Un-  
zulänglichkeit der deutschen Sozialdemokratie, die von 1914  
bis heute wie ein Fluch auf der deutschen Arbeitersiedlung lastete.

Doch 7 Jahre nach der Novemberrevolution, nach dem  
so schnell errungenen „Sieg über 23 Monarchen“ die  
deutschen Fürsten es wagen können, hunderte von Millionen  
aus den Steuergrößen des bis aufs Hende ausgeplünderten  
werkstätigen Volkes zu verlangen, ist eine Illus-  
tration der Schwäche der sozialdemokratischen Partei.  
Und wenn wir heut erfreulicherweise konstatieren können,  
daß SPD und SPÖ einen gemeinsamen Gesetzentwurf  
für entschädigungslosen Enteignung ausgearbeitet haben,  
so wissen wir, daß nicht die sozialdemokratischen Führer  
es waren, welche die Millionen sozialdemokratischer Ar-  
beiter auf den Weg des Volksentscheids führten, sondern  
daß der gemeinsame Gesetzentwurf zustande kam infolge  
des Massendrucks der Arbeiter. Nicht die sozialdemo-  
kratischen Führer riefen, sondern als die SPÖ rief und  
alle anderen taten, da kamen endlich langsam, zögernd  
und schweren Schrittes auch die sozialdemokratischen  
Führer. Wer wollte es leugnen, daß es so und nicht  
anders war?

Wir sagen dies nicht aus polemischen Bedürfnissen  
gegen die SPÖ-Führer, sondern wir müssen aussprechen  
das, was ist, um den Feldzug gegen die Monarchisten zu  
gewinnen. Wer aufmerksam die SPÖ-Presse verfolgt,  
wird wahrnehen, daß die mächtige Volksbewegung gegen  
den Fürstentum dort nicht ein so kräftiges Echo findet,  
wie es notwendig ist, um zwanzig Millionen und mehr  
Stimmenberechtigte für den Gedanken des Volksentscheids  
zu gewinnen. Wichtige Revolutionen für den Volks-  
entscheid werden nicht kräftig auf der ersten oder zweiten  
Seite des Blattes ausgemacht, sondern verschwinden unter  
dem Raus von Meldungen. Es scheint, daß die Redakteure,  
Journalisten und Sekretäre der SPÖ noch die  
Gefangen der Argumente sind, mit denen sie sich vor  
knapp 14 Tagen gegen die entschädigungslose Enteignung  
der Fürsten — wie sie von der SPÖ und vom Auskunfts-  
ausschuß propagiert wurden — wehrten. Es ist keine  
Forscher, sondern eine Schamaide, die uns aus SPÖ-Sekretären viele schreckenflüchte.

Am Donnerstag, als der ADGB bereits die Ver-  
handlungen über den gemeinsamen Gesetzentwurf austrug,  
sprach ein sozialdemokratischer Stadtverordneter als Dis-  
kussionsredner zu einer von mehreren tausend Breslauer  
Erwerbslosen besuchten Versammlung u. a. auch über den  
Volksentscheid. Statt die Erwerbslosen zum Kampf gegen  
die Fürstensforderungen anzufeuern, rechnete er den Et-

# Die Verbrennerpläne der faulischen Admirale!

Hunderttausend Kulis sollten im Herbst 1918 „geopfert“ werden

(Elg. Draht.) Berlin, 26. Januar.

In dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß für  
die Frage des Weltkrieges antwortete der frühere Admiral von  
Trottha, der Verleger Gehlers, einer der Mitbegründer am Rapp-  
Putz, auf die Ermittlungen Dittmanns. Wie selbstverständlich  
verteidigte er den World an den beiden erschossenen Matrosen. Von  
beiderlei Wichtigkeit waren seine Aussagen über den von den Banditen  
der sächsischen Admiraalität im Herbst 1918 geplanten Flotten-  
streich. Dr. Trottha erklärte:

„Nämlich konnte vor jedem Angriff erst im großen Haupt-  
quartier in Spa angesetzt werden, denn dort konnte man gar nicht  
die vielen Voraussetzungen kennen, die für das Austragen der  
Flotte entscheidend waren. Mit einem Vorstoß gegen den Kanal  
wäre unsere Front zu Ende entlastet worden. Die Vorberei-  
tungen von Vorstoßen geheim zu halten, war eine unabdingbare  
Pflicht gegen die Beziehungen. Die vorbereitete Operation haben wir  
immer erst dann ins große Hauptquartier gesetzt, wenn die  
Flotte in See ging. Selbst mit den Fundmeldungen mußten  
wir vorsichtig umgehen. Damals ist es für den hier in Frage kom-  
menden Vorstoß keine Frage, daß nicht einmal die Mitglieder des  
Staates im Bilde waren. So war der Plan gefaßt worden, mit  
einer starken Gruppe an die sächsische Küste hineinzuzu-  
schieben und zu gleicher Zeit mit einer starken Gruppe gegen die  
Schleswig-Holsteinische Küste vorzugehen und dort das ganze Transport-  
meier des Feindes stillzulegen. Dafür mußte selbstverständlich die  
Sachsenflotte mit hinzugetragen. Ich kann keinen anderen Ausdruck  
finden, als daß ich noch nie im Kriege ein so scharf und  
sicher vorbereitetes Unternehmen hätte durchfüh-  
ren lassen.“

Als wir uns über die Durchführung des Unternehmens einig  
waren, habe ich auch an den Chef des Stabes der Seetriegsleitung,  
den damaligen Admiral von Lodehov, die Frage gestellt, ob  
die Regierung im Bilde wäre, und darauf zustimmen die Antwort  
gegeben.“

Herr Dr. Drath bemühte sich dann andere Sachverständige, nachzu-  
weisen, daß die Regierung May von Baden von den geplanten An-  
griffen nichts gewußt habe. Daraufhin wurde der Auschub  
vertagt.

\*

Die Aussage des Admirals von Trottha gegen, mit welcher Rücksicht  
die wiedergewählte Admiraalität gewillt war noch im

Herbst 1918 die Flotte zu opfern, zehntausende von Mo-  
rosen und Matrosen hätten ihr Leben lassen müssen, um den  
Interessen der gewissenlosen Kriegsgefechter vom Schlag der Zirkus-  
Trottha und Konsorten zu dienen.

Die Auflösung über diese geplante Opferung der Flotte kommt  
noch zur rechten Zeit, um den deutschen Volksmassen zu zeigen wie  
verbrecherisch im Deutschen Kaiser Wilhelm II. mit dem Leben des  
Kanonenfutters gespielt wurde.

Zum Dank soll das deutsche Volk dem davongelaufenen Kaisers-  
gesindel Milliarden nachwerfen, ebenso wie es den Offiziersverbrechern  
hohe Pensionen zahlt.

Beim Volksentscheid werden die deutschen Massen darauf die  
Antwort geben!

## SPD- und SPÖ-Betreter beim Innenminister

Der gemeinsame Volksentscheid-Entwurf eingereicht

(Elg. Draht.) Berlin, 26. Januar.

Gestern begaben sich der Genosse Ernst Thälmann für die  
RKP, Dr. Gutzwiller für den Auschub zur Durchführung des  
Volksentscheids für Auslandseinwanderung, sowie Otto Wels und  
Ludwig für die SPÖ zum Innenministerium und beantragten  
die gleichzeitige Abreise des Volksbegehrts und Belastnisse  
der Erkrankungsfür. Die Belehrte erklärte, daß die Einreisetau-  
sand für den Februar 14 Tage dauern soll, daß früher zwischen der Be-  
lastnis der Erkrankungsfür und dem Beginn eines Stift von drei  
Wochen liege. Nach Erklärung dieser Normalität erklärte Ge-  
nose Thälmann und Dr. Gutzwiller folgendes:

„Mit Rücksicht darauf, daß die Kommunistische Partei und der  
Auszubild zur Durchführung eines Volksentscheids für Auslandsein-  
wanderung sich mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu  
einem neuen Volksbegehr zu zusammenschließen haben, sollen wir  
hiermit den Antrag, im Falle der Zulassung des heute gemein-  
schaftlich eingesetzten Antrages auf ein Volksbegehr den von der  
RKP am 13. d. Ms. gestellten Antrag nicht weiter zu verfolgen.“

Über die gemeinsame Auswendung der amtlichen Unstoen (Vilten  
u. s.) sowie über die gemeinsame Ausarbeitung des  
Plakatierung durch Gelehrtenwurf finden heute in ganz Deutschland  
Verhandlungen statt. Jetzt gilt es überall Einheitskomitees zu bilden, die die Durchführung dieser Aktion sichern und die  
Kräfte des Proletariats für weitere Schritte zusammenzufassen.

Werbeslossen nach Löbe'scher Vorlage ein Exempel vor  
nach dem Millionen von Stimmen, auch aus den Kreisen  
des Zentrums, gewonnen werden müssen, um die Mehrheit  
zu gewinnen. Alles was er sagte war geeignet, die Parität  
in den Kreisen der Arbeiterschaft zu verstärken. Und in  
jenen Arbeiterkreisen, die ihre Parität noch nicht über-  
wunden haben, wird das von Löbe am 13. Januar in  
der „Volkswoche“ und anderen sozialdemokratischen Provinz-  
blättern aufgemachte Recheneispiel lärmend nach. Es  
hemmt den Willen zum Kampf und vernichtet den Glauben  
an die erfolgreiche Durchführung des Volksentscheids.  
Mit Truppen ohne Siegeszubrucht läuft es sich aber keine  
Schlacht gewinnen und es ist kein Zeichen von überlegener  
Strategie, daß Herr Löbe zu einem Zeitpunkt als es  
darauf ankam alle Kräfte anzuspannen. Schwierigkeiten in  
die Wand gemalt hat, die von Kleingärtner und passiven  
Elementen als Vorwand für ihre Trägheit benutzt werden  
aber lehnen wir uns einmal die Rechnung des Herrn  
Reichstagspräsidenten etwas näher an. Herr Löbe schrieb:

„Es fragt sich nur, ob ein Volksentscheid fürs  
ganze Reich zum Ziel führt, oder ob man sicher auf  
volksstümliche Mehrheiten rechnen kann, wenn die be-  
drohten Länder für sich und einzeln entscheiden. Nehmen  
wir einmal die Zahl des Reiches zur Grundlage, so ist  
der zehnte Teil der Wahlberechtigten also vier Millionen  
Stimmen, zur Herbeiführung des Volksentscheids notig.  
Die sind leicht aufzubringen. Für die Mehrheit eines  
verfassungsändernden Gesetzes aber muß über die Hälfte  
der Wahlberechtigten zusammenkommen, das würde also  
in rohen Zahlen bedeuten, außer den Sozialdemokraten

mit etwa acht Millionen Stimmen, den Kommunisten  
mit reichlich zwei Millionen, den Demokraten mit knapp  
ewei Millionen Stimmen müßten noch mehr als drei  
Millionen vom Zentrum und fünf Millionen aus den  
übrigen Parteien und aus dem Rest der Reichswähler  
gewonnen werden. Das ist der springende Punkt und  
deshalb ist die Formulierung des Gesetzes für den  
Volksentscheid so schwierig. Für die enttäuschungsfreie  
Enteignung, die zweitlos auch den meisten unserer  
Genossen am sympathischsten wäre, würden nach der  
bisherigen Erklärung mit die beiden zuerst genannten  
Parteien mit zehn Millionen Stimmen zu haben sein  
und es läßt die große Lücke, die ausgefüllt werden  
muß, soll nicht Enttäuschung wie bei der letzten Reichs-  
präsidentenwahl eintreten.“

Weil dem so ist, folgerte Herr Löbe, muß man den zur  
Mehrheit noch notwendigen zehn Millionen aus den nicht  
zur SPÖ oder RKP gehörenden Schichten konzentrieren  
müssen. Wenn man den Fürsten, die kein Auslands-  
vermögen besitzen, eine Rente oder eine Aufwertung nach  
den Grundsätzen des Aufwertungsgesetzes billigt, wird  
der Gesetzentwurf volksstümlicher sein.

Ein verhängnisvoller Trugschluß Millionen Arbeiter,  
Angestellte, Beamte, Kleingärtnerbetreibenden, Rentner  
etc., die um ihre kleinen Spargroßen betrogen wurden,  
würden nie und nimmer einem Gelehrtenwurf ihre Zu-  
stimmung geben, der den Fürsten eine lebensfähige  
Rente sichert. So sentimental sind nach dem Inflations-  
schwund nicht einmal mehr die gemütlichen Kleinstädtler. Auch sie kennen ihre Bappenheim, sie

menten, den Herrn Weise, "worauf wir hörten, obgleich wir eine  
Folge zu erwarten haben nicht könnten, so ein, daß die  
Bürgerschaft uns zu bestimmen scheint, ob wir den Krieg mit  
gewissem Verlust aufnehmen oder nicht." Ob die Weisen  
seinen Entschluss einer Kriege mit dem Deutschen Reich ge-  
plante? Viele solche Vermittelungen waren bei Leopold  
in dem Kreisgrunde.

Wer der Arbeitnehmer wurde der Abstimmung geben,  
wenn es gilt, den Faschismus eines Staates zu bauen?  
Sie haben mittlerweile auch die SPD und USPD,  
Linfenbach bestimmt und auf diverse Gewerkschaftsverträge  
verhandelt. Und wie steht es mit den freiliegenden Arbeit-  
nern, die nach Völkischer Wiederau nur durch Vermittlungen  
zu erwirtschaften sind? Der Völk. legt seiner Bevölkerung Stau-  
schein da der Weltkrieg sie totale Haben, die für ihn  
lebenswichtig sind, zu Grunde. Boden ist nicht mehr als  
einmal seit 1918 geschenkt, wie kann man mit fristlosen  
Schluss bei Bliebtem Abstimmung geben, ohne Sünden zu verüben?

Nation bei Wahlern, Wählungen über stimmberechtigten kann? Sind nicht Millionen Nationaler 1918 zur SPD gestoßen und wieder zu den Nationalisten zurückgelaufen? Haben nicht gerade die Hindenburgroshen alle Verehrungen der Volksblöcke, die ihren Sieg schon auf Grund einwandfreier Zahlen ausgerechnet hatten, platt über dem Gaulen geworfen, weil das Menschenherz der politisch schwankenden Elemente in Hindenburg den Meister haben? Und sind nicht jetzt Millionen Wähler Hindenburgs, die sich abermals getäuscht scheinen, ertragen? Denken wir an die Hunderttausende verzweifelten Kleinverbetreibenden, die weder SPD oder CDU bisher gewählt haben, aber heute mit der Arbeiterschaft sympathisieren. Denken wir an die enttäuschten Auswanderungsgläubiger, deren Zahl Legion ist. Zwanzig Millionen Stimmen sind notwendig, wenn das Gesetz als ein verfassungsänderndes angesehen wird, andernfalls genügt einfache Mehrheit. Nach der ungeheuren Radikalisierung, die sich nicht nur in der Arbeiterschaft, sondern auch in weiteren Kreisen des Kleinbürgertums bemerkbar macht, können nicht nur 20 Millionen Stimmberchtigte, sondern erst mehr für den Gedanken des Volksentscheides gewonnen werden. Die Kleingläubigen wollen wir an ein Preußisches Beispiel erinnern, daß zeigt, wie falsch es ist, statt mit in Fluss befindlichen Strafeverhältnissen, mit absoluten Zahlen Begriffen zu rechnen und zu operieren. 1916 stand die Bewilligung der Kriegskredite in der sozialdemokratischen Partei Breslau zur Debatte. Einige Esfirmitisten, die gegen Spartakus wetterten, fanden in nem beurlaubten Soldaten, dem späteren Polizeipräsidenten Voigt, einen eifigen Bundesgenossen. Herr Voigt erklärte: Vor dem Kriege halten wir so und so Millionen gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiter, davon sind über die Hälfte im Felde, ein Teil ist gesunken oder verwundet und mit denen will ihr Spartakisten Generalstreich oder Revolution gegen die überliegende Volksmehrheit machen? Die Esfirmitisten hielten Grund dieser Berechnung Herrn Voigt für einen Ausbund politischer Weisheit. Er hatte die kommende Revolution zahlenmäßig erledigt.

Über reichlich zweijahrespäter saß der talentvolle Priester im Arbeiter- und Soldatenrat von Breslau, denn die Weltgeschichte war so niederträchtig gewesen, auch die von Herrn Boiss statistisch nicht erfaßten Kreise der Bevölkerung zu Tropfern der Novemberrevolution zu machen. Wir

# **Gerous zur Demonstration am 27. Januar**

# Von Flücht zu Flücht...

Nicht mehr mit dem Hochgefühl, wenn ich all die Zeit an die Seite gesetzt habe, bestieg ich das Schiff. Ich habe nur an die früheren Jahre, die Kinder mir liegen und werblich ganz überreichten aus dem Schiff erinnert. Ich berührte auch mich an die Menschenmänner, die da unten in den Reisedoktoren an den großen Schiffen arbeiteten, die ihre Augen schützten. Ich fühlte gar nicht mehr froh werden, wenn man es ihnen das Leben zu führen hier bestimmen — für den, der weiß das nicht, schreibt mir später Lukas.

Der besuchte Schule und Bellerungen beruhigt mich  
doch noch drunter liegen und ich möchte ehrlichlich darüber freuen.  
Hans, meine Generalle, wurde auf dem Stettin vier Jahre als  
Gut hief auf dem See zu einer und zwei mit gebrochenen Rädern durch  
Spiel. Ich lieg im Bett und hab das ja. Ich bin hier ein sehr  
gutig auf dem Geschäftes aufzusuchen war. Ich ging auf den  
See und fand sie unter einer Unterkunft von Rädern und Ge-  
wichten, und die kann und trug keine Gedächtnis von. Als ich  
ihm erzählte, dass sie mir die „Sonne“ Namn, was ich hätte, habe  
hab sie mir ihre Person gewünscht unterwegs, die jetzt auf dem  
Schiff ist.

"Hier steht, wo hast du denn die Zeit bei?"  
„O, ich habe den Verlust ergriffen, ließ Gott einen Geistesblitz  
ih, da habe ich nur einen Moment verloren. Und dann habe ich  
noch ein Gedicht vorgesungen, das früher vor mir noch eines Verlustes  
gegeben. Und da habe ich es gesagt. Danke, Herr.“

Sie lagte mir im Leiste auf.  
3. will auf bogen See.

Wiederholung der ersten Versammlung am Sonntag, den 10. oder 17. Mai und 14. oder 21. Juni. Wäre aber zuviel fordern, daß wir die ersten 3 Versammlungen die regulären Unterrichtsstunden aufschrecken lassen sollten. Ich kann Ihnen nur sagen, daß ich einen sehr guten Eindruck von dem ersten Unterricht habe.

Welte Rente, die nicht zum Proletariat gehören werden, haben unter Ausbrüche der Arbeiterschaft Kampf gegen den sozialen Abschaffung der Klassen. Das ist allerdings nicht das Unvermeidliche. Der Kampf gegen das Aussteppen muss verbunden werden mit der Abschaffung der Waffen im Rahmen gegen die Konservativen und der Wittelsbacher Zelle, gegen das Regierungssystem, gegen die Kapitalistische Klavade.

Es kommt darauf an, daß sich sozialdemokratische, kommunistische und parteilose Werbeiter zusammenfinden, nicht um im Sturm neuen die Ritterstabbindung, sondern auch im Kampfe gegen Unternehmerterror, Hungerföhne, Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Exportwirtschaft usw.

In Stadt und Land, in Fabrik und Werkstatt müssen die Werke laufen, um insame Rückschläge zur Durchführung des Völkerfriedes bilben, welche die Agitation stoppen und erweitern. Das ist es, worauf es ankommt. Darum nicht mit dem Menschenstille, sondern mit Kraft und Zuversicht an die Arbeit. Keine Schamade, sondern Vorsatz!

# Philippus Wandlung



**Der Standard für Ihre Geländefahrzeuge ist  
Suzuki**

„In der Zeit des „Märkte Generalstaat“ entstehen offenbare Spannungsverhältnisse zw. Staat und den von ihm bestimmt berührten, während das Ziel der Verantwortlichen folgende Orientierung für den Staatlichkeitsverständnis“

**Geiger, Max** Gewerkschaft; **Götz, Paul**, Arbeit-Sport- und Außendarstell.; **Habicht, Adolf**, Zentralausschuss der Kriegsbeschädigten; **Herr, Walter**, Gewerkschaft präsident des Deutschen, Metall, Verein der Gewerkschaft für Gewerbetreuung; **Hille, Internationale Arbeiter-Sklav; Höhne, Hans** Gewerkschaftsleiter; **Hermann, Heimatbund**; **Hüfner, Otto**, Vorstand des ADGB.; **Kellie, Rud.**; **Dr. Kellie, GND**; **Kleinbaum, Robert** Leiter der Volkswirtschaft; **Kubert, Robert** Leiter der Arbeitsverteilung; **Kleffmann, Robert** Leiter der Freien Wiederaufbau; **Kloppe, Heimatbund** der Kriegsbeschädigten; **Kruse, Bernd** Gewerkschaftsleiter des Verbandes; **Kulke, Hans** Sklav; **Kunz, Stephan**, Phönixgründlicher Kampfbund,

**Gewalt** die Vorworfslagen nicht anwesend waren, soll der Konschuk sofort bei ihnen anfragen, ob sie bereit sind, das Mandat anzunehmen.

Eingeladen in die erwähnte Versammlung waren alle Parteien. Die SPD. teilte mit, daß sie durch Funktionärsversammlung verhindert sei, an der Versammlung teilzunehmen. Auch das Reichsbanner war nicht erschienen. Für den Internationalen Bund der Kriegsbeschädigten sprach Genosse Erbe, ferner sprach ein partelloser Arbeiter, der sich scharf gegen Zahlung einer Rente an die Fürsten wandte. Für die SPD. sprach Genosse Domrowski, der betonte, daß die Partei bereit ist, mit allen Schichten der Bevölkerung gegen Fürstenraub für den Vollsentscheid zu kämpfen.

**Die Bahnswacht sieht auf Beamtenrechte**

Berlin, 28. Januar. Auf Grund der Verhandlungen zwischen den Eisenbahnerorganisationen in der Reichsbahnverwaltung über die Neuordnung der Beamtenverhältnisse ist die ursprünglich geplante Einbeziehung der Gruppen 5 und 6 in die Kategorie der unteren Beamten unterblieben. Dagegen ist trotz des Einspruchs der Verbände abzuhängen, daß ein Landesbarfett für die Gruppen 1 bis 4 grundsätzlich abgelehnt worden. Die Organisationen haben in dieser Angelegenheit weitere Schritte bei der Hauptverwaltung und dem Generaldirektor der Reichsbahn unternommen. Auch der Rechtsausschuss des Reichstages dürfte sich mit dieser Frage noch befassen.

**Deutscher Abel.** Vor dem Schwurgericht in Tübingen begann die Verhandlung gegen den Freiherrn Manfred von Tessin und seinen 8-jährigen Stiefbruder Kurt von Tessin, die beschuldigt sind, den gewaltsamen Tod ihres ältesten Bruders, des Rittergutsbesitzers Walter von Tessin herbeigeführt zu haben. Die Anklage lautet auf Mord. Wird man hier auch gleich mit dem Beil kommen?

„Bergmannslos.“ Auf der Zeche „Prosper I“ bei Dettwig verunglückten zwei Bergleute tödlich.

**Grubenunglück in Frankreich.** In einer Grube bei Clermont-Ferrand stürzte ein vollbechtes Förderkar ab. Es gab vier Tote und vier Schwerverletzte.

„Ich habe es aber gar nicht abgeschrieben, und die losen Blätter  
und ganz ducheinander geschrieben.“

„Dann liest Du es vor, wie Du es mir vorgelesen hast.“

Ich ging an meinen Platz und ordnete die Blätter in meinen  
Bänden, und überflog noch einmal die Zeilen. Ich lauschte mit Angst  
auf alles, was vorgetragen oder gerungen wurde, und wußte nachher  
nicht, was es gewesen war. War es doch von jeher meine Schwäche  
gewesen, unter fremden Menschen mich hervorzu tun, das hatte  
ich nie so recht fertig gebracht. Ich verlor vor lauter Herzschlägen meine  
Stimme und wäre am liebsten fortgelaufen. Da hörte ich hinter mir  
eines Mannes Stimme: „Wenn ich Dich nur recht schön bitte und  
Dir verpreche, daß ich ein schönes Lied singe — eins, das Du sehr  
gerne hören möchtest.“

„Ja“, sagte ich ganz leise, „aber Du must erst singen.“ Einige Minuten später stand er drüber beim Klügel und seine

Stimme flang voll und fröhlig durch den Saal:  
Ich bin so gern, so gern daheim,  
Daheim in meiner stillen Klausur.  
Wie hingt es doch dem Herzen wohl,  
Das liebe, trautle Weib zu Hause.  
Wohl nirgends auf der weiten Welt  
Fühl' ich so frei mich von Belästern.  
Ein braues Weib — ein herzig Kind,

Das ist mein Himmel hier auf Erden.  
Er sang noch den zweiten und dritten Vers, und ich saß und konnte den Tränen nicht wehren, denn ich dachte an die vielen eindringlichen Rechte, die er mich allein gelassen hatte in den Häusern, wo viele fremde Männer wohnten. Da hatte ich schüchtern mit meinen Kindern gesessen, wenn er bis zwei oder drei Uhr morgens in der Abendversammlung, beim Turnen oder in der Unionversammlung war. Und als ihn das noch nicht genug vom Hause fern hielt, da singt wieder, wie in Deutschland, die Abendschule zu besuchen war. Ich hatte mir oft gesteckt, was er dort zu lernen gehabt, wenn er doch noch nicht einmal im Stande sei, seine Familie zu ernähren, was doch der größte Arbeiter noch könnte — und wollte mir nicht länger die Schenke.

Kann kaum mit das Lied, das eins eins meiner Lieblingslieder gefallen war, wie Sohn dor. Und als ich aufgerufen wurde, mir mein Gesicht vorzutragen, da wußte ich kaum, wo ich ging und stand. Mit niedergedringten Augen sah ich immer nur mein weißes Kleid und die häusliche rote Rose im Chärtel — und meins Herz gitterte so festig, als ich mich kein Wort herausbringen konnte.

# Schlesien

## Ein Schleier (Arbeitslosenstreik)

"Schleier zu tragen?"  
"Schleier zu tragen?"  
"Schleier zu tragen?"

"Nicht nur aus Arbeit fliegt, ... wie Sie fühlt, Familie,  
die nicht bezahlt wurde. Es ist am Ende, wie haben wir  
allein Leben und Leben so leicht gewählt aus."

## Die Gemeindebevölkerung Weißstein seinen Schleier tragen

Eben lange vor Beginn der letzten Gemeindevertretersitzung war der Schleierbaum überall. So muß geschaut werden, ob welche Gründung in einem anderen Raum abzuhalten, Gangang hielten die Bevölkerer die übliche Wahrnehmung. Dem Bürgerhaus wurden 1500 Mr. benötigt. Die Bevölkerung von 1500 war zur Ausgestaltung des kommunalen Kindergartens und Maßnahmen einer geprägten Vesper und einiger Hilfskräfte löste eine längere Debatte aus. Die Bürgermeister forderten es durchaus nicht verstecken, weshalb die Städtebewohner Meisterlich mit den vorhandenen kommunalen Spitäler nicht zu zufrieden waren. Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der Bürgerlichen angenommen. In einem Antrage protestierten die Kommunisten gegen die Unverantwortlichkeit einiger der Innung angehörender Kinder, Kinder, die die weibliche Schule besuchten, nicht zu beschäftigen. Die Bürgermeister (Schulbermester, Wagner) gerieten dadurch aus dem Häuschen, doch wurde der Antrag gegen ihre Stimmen angenommen. Der Antrag der Kommunisten auf Errichtung von zwei Bedürfnisanstalten wurde abstimmt dem Vorstand zur Durchführung überreichten. Bevölkerungsbeamter Pfeiffer wurde aus der 4. in die 5. Gehaltsgruppe versetzt. Die Aussprache über den Kommunalfleischhof war sehr rege. Schloss Böhmen suchte zu beweisen, daß der Gemeinde diese Ausgaben erspart bleiben könnten, da die evang. Kirchenbehörde gestattete, die Verkettung von Dissidenten und Freitagsbibeln auf ihrem Kirchhof vorzuhören. Selbst Urnen können beigesetzt werden. Genossen Pfeiffer bewies in längeren Ausführungen an Hand von Tatsachen, wie es die christliche Kirche von jener verstanden hat, aus der Religion ein Geschäft zu machen. Da Dissidenten die zwei bis dreissachen Gebühren für die legitime Aufenthaltszeit zu zahlen haben und ein besonders abgesetzter Platz zur Errichtung eines Urnenhaltes in Abwehr der Ausbreitung der Bevölkerungsbeamten unbedingt erforderlich ist, so ist eine befremdliche Durchführung, die der Vorlage eine zwingende Notwendigkeit. Auch die Errichtung einer Feuerhalle für den Ort ist damit verhängt. Nachdem noch verschiedene Diskussionsredner für und gegen die Vorlage gesprochen hatten, wurde die Vorlage gegen die Stimmen der Bürgerlichen dem Gemeindevorstand zur beschleunigten Durchführung überwiesen. Zum Antrage der kommunistischen Fraktion auf Aufhebung der "Weißsteiner Nachrichten" als Publikationsorgan gab Gemeindevorsteher Hertwig bekannt, daß durch seine Vermittelung eine Einigung dahin zustande gekommen sei, daß die Kommunisten bereit sind, diesen Antrag zurückzuziehen, unter der Bedingung, daß ihr Antrag von der vorigen Sitzung auf Errichtung der kommunistischen Zeitung als Publikationsorgan der Gemeinde Weißstein erneut zur Abstimmung gestellt wird. Daraufhin wurde einstimmig diesem Antrag stattgegeben. Nach Erledigung von verschiedenen Anträgen gab der Vorsteher die eingeholte Entschließung der kommunistischen Fraktion zur Frage der Fürstenabfindung bekannt. Gegen die Stimmen von 3. Bürgerlichen wurde die dem Vorortverein in dem Zweck der Weiterleitung an die nachgebenden Institutionen überwiesen. Der Einheitspraktikum durch die KPD im Reichstag eingebrachten Gesetzentwurf.

**Weißstein.** Ein Erfolg der Erwerbslosen. In der letzten Stadtverordnetensitzung auf Grund der Initiative der Erwerbslosen und der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion wurde ein Antrag angenommen, durch Übertragung des Wohlfahrtsrats für die nördelnde Reparatur 50.000 Mark bereitzustellen. Nun steht der Magistrat daran, daß für Januar zusätzlich zu den bereits erfolgten Ausgaben noch Lebensmittelgutscheine verabschiedet werden. Die Ausgabe derselben erfolgt an die verschiedenen städtischen Hilfsbedürftigen aller Gattungen (Inhaber von farbigen Ausweismarken) mit bei der nächsten allgemeinen Ausgabe Mitte Februar, für die Erwerbslosen aber bereits nächste Woche bei der Unterstützungsauflösung.

Für Februar kommen Kartoffeln und Brot, und für März natürlich Lebensmittelgutscheine sowie Brot zur Verwendung. Ferner werden fortlaufend für Kinder unter 2 Jahren, die besserer Ernährung bedürfen, Milchgutscheine (bis zu täglich 1 Liter) ausgegeben, sowie zur Erleichterung der Mietzahlung Mietbeihilfen im Betrage bis 5 Mr. monatlich gewährt. Sämtliche diesbezüglichen Ausgaben an die Erwerbslosen erfolgen ebenfalls durch die Erwerbslosenfürsorgestelle, und zwar immer gelegentlich der Auszahlung der Unterstützungen. Dasselbe sind auch Anträge auf Gewährung von Arbeitsstunden sowie auf Gaspreismäßigungen zu stellen.

— Ein Schleier der „Bergwacht“! Die „Bergwacht“ bringt in ihrer Notiz über die letzte Stadtverordnetensitzung eine faulide Lüge. Sie behauptet, daß die Kommunisten mit ihrem Antrag auf Bevölkerung von 50.000 Mark beweist, nur für die Erwerbslosen einzutragen, nichts aber für Sozial- und Kleinrentner sowie Witwen übrig gehabt hätten. Die kommunistische Fraktion stellt fest, daß ihr Dringlichkeitsantrag die Bevölkerung von 50.000 Mark vorläßt zur Übertragung an das Wohlfahrtsamt und die Unterstützung aller derjenigen, die in der Bedürftigkeit des Wohlfahrtsamtes eingetragen sind. Dazu gehören Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner, Witwen, aber auch solche, die einen außerordentlich niedrigen Arbeitsverdienst haben. Durch den obengenannten frechen Schwund sucht die „Bergwacht“ die Schande zu verdecken, daß der Fraktionssprecherin Dietrich der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion sich zuerst für den kommunistischen Antrag ausgesprochen hatte; und dann erst nach Rücksprache mit dem Oberbürgermeister L. Wiesner einen neuen schriftlichen Antrag eingebracht. Neben freier Mietbeförderung für die Kinder der Unterstützungsberichter war auch die Förderung auf Gaspreismäßigung im kommunistischen Antrag enthalten. Die Juhörer der Stadtverordnetensitzung werden aus der Schreibweise der „Bergwacht“ die ganze Verlogenheit erkennen.

**Gottesberg.** Auf zur Demonstration am Mittwoch, den 27. Januar, nochm. 4 Uhr, auf dem Ring. Diese ist von den Erwerbslosen einstimmig beschlossen. Altkäfig, Kellhammer und Rosenthal haben teil. Sammelpunkt: Schützenhaus, 3.30 Uhr. Besonders sollen die Jungen anders behandelt werden als die Arbeitslosen. Auf zum Protest gegen die Fürstenabfindung!

**Rieder-Salzhafen.** Für die Rote Hilfe wurden in der Riednechtsfeier im Hotel Sandberg 3.20 Mark gesammelt. Bei der großen Arbeitslosigkeit ist das ein Zeichen der großen Solidarität der Arbeiterschaft für die politischen Gefangenen.

## Parteiveranstaltungen

**Zwickau.** Dienstag, 26. Januar, abends 7.30 Uhr, Generalversammlung der KPD im „Held“.

## Schlesien-Rundschau

**Werdau.** Gute Stimmung gehabt. Die kommunistische „Werdauer Zeitung“ verstand sich bestens mit dem Antrag, der Ritter, der Werdauer Zeitungsfabrik und dem Werdauer Verkehrsamt einstimmig und mit großer Begeisterung angenommen wurde, daß während der Innung angehörende Kinder, Frauen, Lehrerinnen und Lehrer nicht mehr arbeiten dürfen.

**Neustadt.** Großes. Die Stimm der Stimmen wurde in der Stadt zum Begegnen in Werdau. Der Werdauer Zeitung des Gemeindevermögens Werdau waren Große Mengen Obst und Getreide, etc. Werdau und Werdau wurden verhängt.

**Georgewalden.** Geht genau gemacht. Der Werdauer Zeitung „Werdauer Zeitung“ verstand sich bestens mit dem Antrag, der Ritter, der Werdauer Zeitungsfabrik und dem Werdauer Verkehrsamt einstimmig und mit großer Begeisterung angenommen wurde, daß während der Innung angehörende Kinder, Frauen, Lehrerinnen und Lehrer nicht mehr arbeiten dürfen.

**Borsig.** Geldstrom ob der Welt. Ein Antrag wurde in einer Wohnung die Frau des Namens Weidels. Die Werdauer Zeitung ergab Wassergift. Es ist noch nicht festgestellt, ob Unfall oder Goldraub vorliegt. Die Frau war 30 Jahre alt und Mutter eines vier Wochen alten Kindes.

**Neustadt.** Der Tod auf dem Schleien. Tod aufgefunden wurde am Bahnhofsgang der Landwirtswachtmutter a. D. Evert. Der Zug Neustadt — Zittau hatte ihm den Kopf vom Nummernschild trennen. Ob ein Unfall vorliegt, oder ob Specht freiwillig den Tod getötet hat, steht noch nicht fest.

**Hindenburg.** Opfer des Grubenkapitals. Auf der Grube „Gladbach“ starb der Bergmann Gabrilski einen Schädelbruch, wodurch der sofortige Tod eintrat. — Der Bergmann Schnyda wurde verletzt.

## Der Arbeitersport

**Arbeitersportler, protestiert gegen die geplante**

### Fürstenabfindung

In einer Zeit wo Millionen deutscher Arbeiter, Angestellten, Beamten arbeitslos auf der Straße liegen und dem Hunger preisgegeben sind, sollen die Kaiser, Könige und Fürsten eine Abfindung erhalten. Arbeitersportler, dies ist eine Angelegenheit, die auch Euch interessiert. Wenn nur der geringste Teil der Abfindungsmilliarden den Arbeitersportlern zur Verfügung gestellt würde, was alles an Gerät und Kleidung könnte. Ihr dafür laufen? Arbeitersportler protestiert gemeinsam mit allen klassenbewußten Arbeitern gegen diesen Raub und fordert Volksentscheid! Nehmt zu dieser Frage in der nächsten Versammlung Stellung und berichtet an uns über Eure Meinung. D. Red.

**Breslau.** Kampfabend beim Sportclub 02. Geheimer Verein veranstaltet am Sonnabend den 30. Januar in der Turnhalle Brunnenstraße einen Kampfabend. Es findet ein Gewichtsheben für alle Gewichthealter statt. Da verschwundene Größen im Hohen schon festgelegt haben, verdrückt der Verein spannende Kämpfe. Nachher laufen die Endkämpfe mit die Vereinsmeisterschaft vom Stapel. Auch hier werden interessante Kämpfe erwartet. Um jeden Sportgenossen den Besuch des Abends zu ermöglichen, ist der Eintrittspreis sehr niedrig gehalten. Er beträgt für Arbeiterloste und Kinder 0.10 Mr. Aufzug 1 Uhr.

**Königsfeld.** Arbeitersport. Am Sonntag den 31. Januar findet im Gasthof zum Friedensdenkmal die Monatsversammlung der freien Turnerhalle statt. Vormittags 9 Uhr. Das Söderkartei beobachtigt in nächster Zeit einen Werberabend zu veranstalten unter Mitwirkung aller Arbeitersportvereine von Königsfeld. Ferner ist es dem Vorstand der freien Turnerhalle gelungen, den Film von der ersten Arbeiterspielen im Königsfelder Lichtspielhaus zu verpachten, um den vielen Arbeitern, denn es unmöglich war, an dem großen Treffen in Frankfurt a. M. teilzunehmen, die Olympiaade in Wort und Bild vor Augen zu führen. Spieldatei wird noch bekannt gegeben.

## Oberschlesien

### Korruption im Hindenburger Magistrat

**Stadtrat Odmann vom Amt suspendiert.** — Strafantrag beim Staatsanwalt gestellt.

In der ersten Stadtverordnetensitzung im neuen Jahr wurden neben allgemeinen Fragen insbesondere drei Sachen behandelt und festgestellt: 1. Haben die Kommunisten ihre alten Positionen behauptet und der Stadtverordneten-Vorsteher ist wieder Genosse Jendroßek, 2. Wurde nach heftiger Debatte ein von uns eingebrachter Antrag gegen die Fürstenabfindung mit großer Mehrheit angenommen. Der Deutschnationalen Dr. Kleinwald setzte sich dabei besonders ins Zeug und versuchte für seinen Parteifollegen, den Deserteur in Holland, eine Lanze zu brechen. Genosse Weisner hat ihm den Zahn gezogen. 3. und das war der Hauptpunkt des Abends, wurde die schon seit langem übelrichtende Korruptionsbeule im Magistrat aufgetrieben.

Schon in der letzten Stadtverordnetensitzung wurde davon gesprochen, daß der Stadtrat Odmann, Schlosshoff und der Stadtoberleiter Diebold ihre Hände in der Erwerbslosen-Kartoffelverteilung haben. Odmann war als Stadtrat mit der Auslicht und Verteilung der Kartoffeln an die Kersten der Armen betraut. Er hat, wie inzwischen festgestellt worden ist, dieses Vertrauensamt missbraucht und der Oberbürgermeister hat ihn von seinem Amt suspendiert. Außerdem wird die ganze Angelegenheit dem Staatsanwalt übergeben. Nicht genug damit, daß sich Odmann 300 Mark für die Arbeit bezahlt ließ, wurde diese Summe aus dem Erwerbslosenfonds entnommen und also auf die Weise der an ihn schon magere Bestand der Mittel für die Erwerbslosen um 300 Mark geschrumpft. Die Hauptrache ist jedoch, daß nach Auslagen von Zeugen auch der Schwager von Odmann, Privatpersonen, Kartoffeln aus dem Bestande der Erwerbslosen bekommen haben, daß sie Gelder dafür entrichtet haben, und daß diese Gelder unauffindbar sind.

**Die Stadtverordneten der Stadt Werdau** haben die Werdauer Zeitung verstanden und wollen sie nicht zu lange fortsetzen. Sie wollen einen kleinen Beitrag dazu leisten, um die Werdauer Zeitung nicht weiter zu belasten. Sie wollen auch mit Beobachtung und der Stimme der Werdauer Zeitung weiter arbeiten und der Werdauer Zeitung weiter zu dienen.

**Die Partei in den schlesischen Gemeindeverwaltungen** hat in ihren Wahlbezirken erkannt, daß die kommunalen Beamten und Gemeindebeamten sind nach einer Übernahme des kommunalen Dienstes möglichst Gewerke nicht benötigt werden. Es gibt in den Wahlbezirken alle kleinen, der kleine Gewerbe auf die kleinen Leute und kleine und in Hindenburg ist man sehr dankbar, daß sie stehen bleibt. Der Herr Oberbürgermeister will sich bis zur Wahl annehmen müssen.

**Hindenburg.** Gladbach-Zukunft im Gemeindestatut wird. Nicht genug, daß in diesem Statut die sozialen Sicherheitsmaßnahmen nicht gezeigt werden, die Gefallen mit einem sozialen Sicherheitsmaßnahmen erlangt, erlaubt noch ein Herr Bruno Weidels, Wohnungsträger, keine Gefallen ohne Grund auf die Größe zu verlieren. Jetzt meldet sich der famose Arbeitgeber nach dem Abholen nachweis, neue Arbeit von dort zu holen, dann stellt er neue Arbeit bei, den alten Gefallen von Abholungszwecken aus, Rumpels, organisiert sich, daß ihn den breiten Arbeitgebern am Kloster in der Halle gebietet. — Der Herr Weidels sieht noch andere Personen zu ihm ein, er kann sie nicht mehr auf die Größe zu verlieren. Kommt auf ihm ein schwerer Zug für die Zeit, wo er bei ihm läuft. Rumpels, er handelt sich um die zuerst geschafften Gefallen für das Jahr. Was meint er, was der Herr für eine Antwort gibt? Er hat es nicht auf die einen Willen einzustellen. Was sagen die Bewohner zu dem? Darum, Rumpels, Augen auf! Die Leute mögen ihr alle aus dem Wege gehen; er schaut sich nicht zu bestimmen, wie sei's. Welcher ist?

Wie leicht eine arme Katholiken die Beerdigung zu sein? Uns wird geschiehen: Freuden-Gertrud Weber kam im April 1925 aus Berlin, um hier in Hindenburg die Tante zu besuchen. Sie befand unterwegs Blutsurst und wurde sofort ins Krankenhaus eingeliefert. Freuden-Weber hatte dort neun Monate gebrüder und in nun ihrer Krankheit erlegen. Im Montag, den 18. Januar, war die Beerdigung. Da ihre Tante in der Zwischenzeit gestorben war, war niemand da, der sich um die Leiche kümmerte. Sie war sehr streng katholisch und ging jeden Montag zur Kommunion. Testa, ihr Sohn, die sie kannte, mit zur Beerdigung. Der katholische Geistliche hat es nicht nötig, wie ein Testa darüber gefahren. Als nun die Beerdigung an die Kirche kam, gingen viele Menschen in die Kirche. Nun haben die Leute den Friedhof verlassen. Sie verstecken, gingen in die Kirche. Keiner, der streng katholisch und ging jeden Montag zur Kommunion. Der katholische Geistliche hat es nicht nötig, wie ein Testa darüber gefahren. Als nun die Beerdigung an die Kirche kam, gingen viele Menschen in die Kirche. Nun haben die Leute den Friedhof verlassen. Natürlich auch ohne Kreuz und Geißel. Als die Leute vom Friedhof kamen, gingen sie zum Oberkaplan um sich zu beklagen, für die Gutmäßigkeit und Ich sofort aus der Kirche auszuschreien zu lassen. Da ist es Herr Oberkaplan Gregor, daß die Leute nicht mehr verhindern werden wollen. Er hat den Männern sofort geschrieben, sagten an und den Frauen reichte er dreimal die Hand. Er hatte dadurch die Leute wieder soweit gebracht, daß sie sich nicht auszuschreien ließen. Auch bat er, den Fall nicht in den Zeitungen zu veröffentlichen.

Aus der kleinen Menge wurde gerufen: „So leicht es in der katholischen Kirche aus!“ Der Herr Oberkaplan empfiehlt darüber nicht mehr zu bestreiten und hat sie ihn in sämtlichen Zeitungen stellen lassen. Der Herr Oberkaplan G. hat dann den Leuten ins Gesicht gescheuert: „Sie seien zu dem zu dämlich.“ Er hat sich doch die Sache überlegt und hat die Leute bestrengt und das Gebet vertrieben. Nun ging es mit der Leute zum Friedhof. Natürlich auch ohne Kreuz und Geißel. Als die Leute vom Friedhof kamen, gingen sie zum Oberkaplan um sich zu beklagen, für die Gutmäßigkeit und Ich sofort aus der Kirche auszuschreien zu lassen. Da ist es Herr Oberkaplan Gregor, daß die Leute nicht mehr verhindern werden wollen. Er hat den Männern sofort geschrieben, sagten an und den Frauen reichte er dreimal die Hand. Er hatte dadurch die Leute wieder soweit gebracht, daß sie sich nicht auszuschreien ließen. Auch bat er, den Fall nicht in den Zeitungen zu veröffentlichen.

Kollegen, Genossen, lernt aus diesem Vorsatz, trete sofort aus der Kirche aus.

## Amtliche Bekanntmachung

### von Weißstein

Betrifft: Lungengärtnerei Weißstein

Am Montag, den 1. Februar 1926, wird Herr Dr. Schneider die ärztliche Sprechstunden in der Lungengärtnerei wiederholen. Dieselben finden ab 1. Februar 1926 statt.

Jeden Montag und Donnerstag von 6–8 Uhr nachmittags.

Weißstein, den 22. Januar 1926.

W. Hertwig

Amts- und Gemeinde-Vorsteher  
als Vorsitzender des Tuberkulose-Vereins  
Weißstein.

## Zölle und Zeuierung

Broschiert 32 Seiten  
nur 30 Pf.

Inhalt: Zölle im  
deutschen Kapitalismus / Entwicklung  
der deutschen Zölle bis 1925 / Die Zölle /  
Wirkungen der Zölle / Zollpolitik der  
bürgerlichen Parteien / Zollkompromiß / Ein-  
fuhrabschüsse / Zeuierung auf der ganzen  
Linie / Wie die Zollverwaltung die Zeu-  
ierung bekämpft / Kampf der Zölle / Kampf  
der Zeuierung.

So bestehen  
durch alle Literatur-  
obliges oder durch  
Schlesische Verlags-  
gesellschaft, s. m. b. n.  
Abt.: Buchhandlung  
Breslau 10  
Techniker Straße 50

NIEDERLAGEN DER SCHWEIZER UHREN-INDUSTRIE

Die billigsten ausserst feinen Bezugsquellen

gegen 1925

in Ihren Juwelen, Gold u Silberwaren

**Jacobowitz**

BEUTHEN GLEIWITZ

TARNOWITZSTR. 55

## Aus aller Welt

DEUTSCHE ZEITUNG FÜR KUNST UND LITERATUR. Die Zeitung ist eine der wichtigsten des Deutschen Reiches. Sie ist die einzige Zeitschrift, die die Entwicklung der deutschen Kultur und Wissenschaften in allen Bereichen verfolgt. Sie ist die einzige Zeitschrift, die die Entwicklung der deutschen Kultur und Wissenschaften in allen Bereichen verfolgt.

20.000 Blatt ist die Ausgabe ausgetragen. Es handelt sich um eine sehr lebhafte und interessante Zeitung, die die Entwicklung der deutschen Kultur und Wissenschaften in allen Bereichen verfolgt.

Das neue Jahr erwartet uns mit einer Reihe von interessanten Beiträgen und Diskussionen, die die Entwicklung der deutschen Kultur und Wissenschaften in allen Bereichen verfolgen.

Am Ende des Jahres wird die Ausgabe mit einer Reihe von interessanten Beiträgen und Diskussionen, die die Entwicklung der deutschen Kultur und Wissenschaften in allen Bereichen verfolgen.

Am Sonntag, den 24. Januar, nachmittags  
1½ Uhr verstarb nach kurzer, schwerer  
Krankheit meine liebe Schwester und Ge-  
fährtin des kämpfenden Proletariats

**Maria Herde**  
geb. Erbe

im Alter von 32 Jahren.

In freuer Liebe

**Kurt Erbe.**

### Lobetheater

Das große Welttheater  
Montag, 23. 1., 8 Uhr  
Dienstag, 24. 1., 9 Uhr  
Mittwoch, 25. 1., 10 Uhr  
Donnerstag, 26. 1., 11 Uhr  
Freitag, 27. 1., 12 Uhr  
Samstag, 28. 1., 13 Uhr  
Sonntag, 29. 1., 14 Uhr  
Vorabend, 30. 1., 15 Uhr  
Montag, 31. 1., 16 Uhr  
Dienstag, 1. 2., 17 Uhr  
Mittwoch, 2. 2., 18 Uhr  
Donnerstag, 3. 2., 19 Uhr  
Freitag, 4. 2., 20 Uhr  
Samstag, 5. 2., 21 Uhr  
Sonntag, 6. 2., 22 Uhr  
Vorabend, 7. 2., 23 Uhr  
Montag, 8. 2., 24 Uhr  
Dienstag, 9. 2., 25 Uhr  
Mittwoch, 10. 2., 26 Uhr  
Donnerstag, 11. 2., 27 Uhr  
Freitag, 12. 2., 28 Uhr  
Samstag, 13. 2., 29 Uhr  
Sonntag, 14. 2., 30 Uhr  
Vorabend, 15. 2., 31 Uhr  
Montag, 16. 2., 1 Uhr  
Dienstag, 17. 2., 2 Uhr  
Mittwoch, 18. 2., 3 Uhr  
Donnerstag, 19. 2., 4 Uhr  
Freitag, 20. 2., 5 Uhr  
Samstag, 21. 2., 6 Uhr  
Sonntag, 22. 2., 7 Uhr  
Vorabend, 23. 2., 8 Uhr  
Montag, 24. 2., 9 Uhr  
Dienstag, 25. 2., 10 Uhr  
Mittwoch, 26. 2., 11 Uhr  
Donnerstag, 27. 2., 12 Uhr  
Freitag, 28. 2., 13 Uhr  
Samstag, 29. 2., 14 Uhr  
Sonntag, 30. 2., 15 Uhr  
Vorabend, 31. 2., 16 Uhr  
Montag, 1. 3., 17 Uhr  
Dienstag, 2. 3., 18 Uhr  
Mittwoch, 3. 3., 19 Uhr  
Donnerstag, 4. 3., 20 Uhr  
Freitag, 5. 3., 21 Uhr  
Samstag, 6. 3., 22 Uhr  
Sonntag, 7. 3., 23 Uhr  
Vorabend, 8. 3., 24 Uhr  
Montag, 9. 3., 25 Uhr  
Dienstag, 10. 3., 26 Uhr  
Mittwoch, 11. 3., 27 Uhr  
Donnerstag, 12. 3., 28 Uhr  
Freitag, 13. 3., 29 Uhr  
Samstag, 14. 3., 30 Uhr  
Sonntag, 15. 3., 31 Uhr  
Vorabend, 16. 3., 1 Uhr  
Montag, 17. 3., 2 Uhr  
Dienstag, 18. 3., 3 Uhr  
Mittwoch, 19. 3., 4 Uhr  
Donnerstag, 20. 3., 5 Uhr  
Freitag, 21. 3., 6 Uhr  
Samstag, 22. 3., 7 Uhr  
Sonntag, 23. 3., 8 Uhr  
Vorabend, 24. 3., 9 Uhr  
Montag, 25. 3., 10 Uhr  
Dienstag, 26. 3., 11 Uhr  
Mittwoch, 27. 3., 12 Uhr  
Donnerstag, 28. 3., 13 Uhr  
Freitag, 29. 3., 14 Uhr  
Samstag, 30. 3., 15 Uhr  
Sonntag, 31. 3., 16 Uhr  
Vorabend, 1. 4., 17 Uhr  
Montag, 2. 4., 18 Uhr  
Dienstag, 3. 4., 19 Uhr  
Mittwoch, 4. 4., 20 Uhr  
Donnerstag, 5. 4., 21 Uhr  
Freitag, 6. 4., 22 Uhr  
Samstag, 7. 4., 23 Uhr  
Sonntag, 8. 4., 24 Uhr  
Vorabend, 9. 4., 25 Uhr  
Montag, 10. 4., 26 Uhr  
Dienstag, 11. 4., 27 Uhr  
Mittwoch, 12. 4., 28 Uhr  
Donnerstag, 13. 4., 29 Uhr  
Freitag, 14. 4., 30 Uhr  
Samstag, 15. 4., 31 Uhr  
Sonntag, 16. 4., 1 Uhr  
Vorabend, 17. 4., 2 Uhr  
Montag, 18. 4., 3 Uhr  
Dienstag, 19. 4., 4 Uhr  
Mittwoch, 20. 4., 5 Uhr  
Donnerstag, 21. 4., 6 Uhr  
Freitag, 22. 4., 7 Uhr  
Samstag, 23. 4., 8 Uhr  
Sonntag, 24. 4., 9 Uhr  
Vorabend, 25. 4., 10 Uhr  
Montag, 26. 4., 11 Uhr  
Dienstag, 27. 4., 12 Uhr  
Mittwoch, 28. 4., 13 Uhr  
Donnerstag, 29. 4., 14 Uhr  
Freitag, 30. 4., 15 Uhr  
Samstag, 1. 5., 16 Uhr  
Sonntag, 2. 5., 17 Uhr  
Vorabend, 3. 5., 18 Uhr  
Montag, 4. 5., 19 Uhr  
Dienstag, 5. 5., 20 Uhr  
Mittwoch, 6. 5., 21 Uhr  
Donnerstag, 7. 5., 22 Uhr  
Freitag, 8. 5., 23 Uhr  
Samstag, 9. 5., 24 Uhr  
Sonntag, 10. 5., 25 Uhr  
Vorabend, 11. 5., 26 Uhr  
Montag, 12. 5., 27 Uhr  
Dienstag, 13. 5., 28 Uhr  
Mittwoch, 14. 5., 29 Uhr  
Donnerstag, 15. 5., 30 Uhr  
Freitag, 16. 5., 31 Uhr  
Samstag, 17. 5., 1 Uhr  
Sonntag, 18. 5., 2 Uhr  
Vorabend, 19. 5., 3 Uhr  
Montag, 20. 5., 4 Uhr  
Dienstag, 21. 5., 5 Uhr  
Mittwoch, 22. 5., 6 Uhr  
Donnerstag, 23. 5., 7 Uhr  
Freitag, 24. 5., 8 Uhr  
Samstag, 25. 5., 9 Uhr  
Sonntag, 26. 5., 10 Uhr  
Vorabend, 27. 5., 11 Uhr  
Montag, 28. 5., 12 Uhr  
Dienstag, 29. 5., 13 Uhr  
Mittwoch, 30. 5., 14 Uhr  
Donnerstag, 31. 5., 15 Uhr  
Freitag, 1. 6., 16 Uhr  
Samstag, 2. 6., 17 Uhr  
Sonntag, 3. 6., 18 Uhr  
Vorabend, 4. 6., 19 Uhr  
Montag, 5. 6., 20 Uhr  
Dienstag, 6. 6., 21 Uhr  
Mittwoch, 7. 6., 22 Uhr  
Donnerstag, 8. 6., 23 Uhr  
Freitag, 9. 6., 24 Uhr  
Samstag, 10. 6., 25 Uhr  
Sonntag, 11. 6., 26 Uhr  
Vorabend, 12. 6., 27 Uhr  
Montag, 13. 6., 28 Uhr  
Dienstag, 14. 6., 29 Uhr  
Mittwoch, 15. 6., 30 Uhr  
Donnerstag, 16. 6., 31 Uhr  
Freitag, 17. 6., 1 Uhr  
Samstag, 18. 6., 2 Uhr  
Sonntag, 19. 6., 3 Uhr  
Vorabend, 20. 6., 4 Uhr  
Montag, 21. 6., 5 Uhr  
Dienstag, 22. 6., 6 Uhr  
Mittwoch, 23. 6., 7 Uhr  
Donnerstag, 24. 6., 8 Uhr  
Freitag, 25. 6., 9 Uhr  
Samstag, 26. 6., 10 Uhr  
Sonntag, 27. 6., 11 Uhr  
Vorabend, 28. 6., 12 Uhr  
Montag, 29. 6., 13 Uhr  
Dienstag, 30. 6., 14 Uhr  
Mittwoch, 1. 7., 15 Uhr  
Donnerstag, 2. 7., 16 Uhr  
Freitag, 3. 7., 17 Uhr  
Samstag, 4. 7., 18 Uhr  
Sonntag, 5. 7., 19 Uhr  
Vorabend, 6. 7., 20 Uhr  
Montag, 7. 7., 21 Uhr  
Dienstag, 8. 7., 22 Uhr  
Mittwoch, 9. 7., 23 Uhr  
Donnerstag, 10. 7., 24 Uhr  
Freitag, 11. 7., 25 Uhr  
Samstag, 12. 7., 26 Uhr  
Sonntag, 13. 7., 27 Uhr  
Vorabend, 14. 7., 28 Uhr  
Montag, 15. 7., 29 Uhr  
Dienstag, 16. 7., 30 Uhr  
Mittwoch, 17. 7., 31 Uhr  
Donnerstag, 18. 7., 1 Uhr  
Freitag, 19. 7., 2 Uhr  
Samstag, 20. 7., 3 Uhr  
Sonntag, 21. 7., 4 Uhr  
Vorabend, 22. 7., 5 Uhr  
Montag, 23. 7., 6 Uhr  
Dienstag, 24. 7., 7 Uhr  
Mittwoch, 25. 7., 8 Uhr  
Donnerstag, 26. 7., 9 Uhr  
Freitag, 27. 7., 10 Uhr  
Samstag, 28. 7., 11 Uhr  
Sonntag, 29. 7., 12 Uhr  
Vorabend, 30. 7., 13 Uhr  
Montag, 31. 7., 14 Uhr  
Dienstag, 1. 8., 15 Uhr  
Mittwoch, 2. 8., 16 Uhr  
Donnerstag, 3. 8., 17 Uhr  
Freitag, 4. 8., 18 Uhr  
Samstag, 5. 8., 19 Uhr  
Sonntag, 6. 8., 20 Uhr  
Vorabend, 7. 8., 21 Uhr  
Montag, 8. 8., 22 Uhr  
Dienstag, 9. 8., 23 Uhr  
Mittwoch, 10. 8., 24 Uhr  
Donnerstag, 11. 8., 25 Uhr  
Freitag, 12. 8., 26 Uhr  
Samstag, 13. 8., 27 Uhr  
Sonntag, 14. 8., 28 Uhr  
Vorabend, 15. 8., 29 Uhr  
Montag, 16. 8., 30 Uhr  
Dienstag, 17. 8., 31 Uhr  
Mittwoch, 18. 8., 1 Uhr  
Donnerstag, 19. 8., 2 Uhr  
Freitag, 20. 8., 3 Uhr  
Samstag, 21. 8., 4 Uhr  
Sonntag, 22. 8., 5 Uhr  
Vorabend, 23. 8., 6 Uhr  
Montag, 24. 8., 7 Uhr  
Dienstag, 25. 8., 8 Uhr  
Mittwoch, 26. 8., 9 Uhr  
Donnerstag, 27. 8., 10 Uhr  
Freitag, 28. 8., 11 Uhr  
Samstag, 29. 8., 12 Uhr  
Sonntag, 30. 8., 13 Uhr  
Vorabend, 31. 8., 14 Uhr  
Montag, 1. 9., 15 Uhr  
Dienstag, 2. 9., 16 Uhr  
Mittwoch, 3. 9., 17 Uhr  
Donnerstag, 4. 9., 18 Uhr  
Freitag, 5. 9., 19 Uhr  
Samstag, 6. 9., 20 Uhr  
Sonntag, 7. 9., 21 Uhr  
Vorabend, 8. 9., 22 Uhr  
Montag, 9. 9., 23 Uhr  
Dienstag, 10. 9., 24 Uhr  
Mittwoch, 11. 9., 25 Uhr  
Donnerstag, 12. 9., 26 Uhr  
Freitag, 13. 9., 27 Uhr  
Samstag, 14. 9., 28 Uhr  
Sonntag, 15. 9., 29 Uhr  
Vorabend, 16. 9., 30 Uhr  
Montag, 17. 9., 31 Uhr  
Dienstag, 18. 9., 1 Uhr  
Mittwoch, 19. 9., 2 Uhr  
Donnerstag, 20. 9., 3 Uhr  
Freitag, 21. 9., 4 Uhr  
Samstag, 22. 9., 5 Uhr  
Sonntag, 23. 9., 6 Uhr  
Vorabend, 24. 9., 7 Uhr  
Montag, 25. 9., 8 Uhr  
Dienstag, 26. 9., 9 Uhr  
Mittwoch, 27. 9., 10 Uhr  
Donnerstag, 28. 9., 11 Uhr  
Freitag, 29. 9., 12 Uhr  
Samstag, 30. 9., 13 Uhr  
Sonntag, 1. 10., 14 Uhr  
Vorabend, 2. 10., 15 Uhr  
Montag, 3. 10., 16 Uhr  
Dienstag, 4. 10., 17 Uhr  
Mittwoch, 5. 10., 18 Uhr  
Donnerstag, 6. 10., 19 Uhr  
Freitag, 7. 10., 20 Uhr  
Samstag, 8. 10., 21 Uhr  
Sonntag, 9. 10., 22 Uhr  
Vorabend, 10. 10., 23 Uhr  
Montag, 11. 10., 24 Uhr  
Dienstag, 12. 10., 25 Uhr  
Mittwoch, 13. 10., 26 Uhr  
Donnerstag, 14. 10., 27 Uhr  
Freitag, 15. 10., 28 Uhr  
Samstag, 16. 10., 29 Uhr  
Sonntag, 17. 10., 30 Uhr  
Vorabend, 18. 10., 31 Uhr  
Montag, 19. 10., 1 Uhr  
Dienstag, 20. 10., 2 Uhr  
Mittwoch, 21. 10., 3 Uhr  
Donnerstag, 22. 10., 4 Uhr  
Freitag, 23. 10., 5 Uhr  
Samstag, 24. 10., 6 Uhr  
Sonntag, 25. 10., 7 Uhr  
Vorabend, 26. 10., 8 Uhr  
Montag, 27. 10., 9 Uhr  
Dienstag, 28. 10., 10 Uhr  
Mittwoch, 29. 10., 11 Uhr  
Donnerstag, 30. 10., 12 Uhr  
Freitag, 31. 10., 13 Uhr  
Samstag, 1. 11., 14 Uhr  
Sonntag, 2. 11., 15 Uhr  
Vorabend, 3. 11., 16 Uhr  
Montag, 4. 11., 17 Uhr  
Dienstag, 5. 11., 18 Uhr  
Mittwoch, 6. 11., 19 Uhr  
Donnerstag, 7. 11., 20 Uhr  
Freitag, 8. 11., 21 Uhr  
Samstag, 9. 11., 22 Uhr  
Sonntag, 10. 11., 23 Uhr  
Vorabend, 11. 11., 24 Uhr  
Montag, 12. 11., 25 Uhr  
Dienstag, 13. 11., 26 Uhr  
Mittwoch, 14. 11., 27 Uhr  
Donnerstag, 15. 11., 28 Uhr  
Freitag, 16. 11., 29 Uhr  
Samstag, 17. 11., 30 Uhr  
Sonntag, 18. 11., 31 Uhr  
Vorabend, 19. 11., 1 Uhr  
Montag, 20. 11., 2 Uhr  
Dienstag, 21. 11., 3 Uhr  
Mittwoch, 22. 11., 4 Uhr  
Donnerstag, 23. 11., 5 Uhr  
Freitag, 24. 11., 6 Uhr  
Samstag, 25. 11., 7 Uhr  
Sonntag, 26. 11., 8 Uhr  
Vorabend, 27. 11., 9 Uhr  
Montag, 28. 11., 10 Uhr  
Dienstag, 29. 11., 11 Uhr  
Mittwoch, 30. 11., 12 Uhr  
Donnerstag, 31. 11., 13 Uhr  
Freitag, 1. 12., 14 Uhr  
Samstag, 2. 12., 15 Uhr  
Sonntag, 3. 12., 16 Uhr  
Vorabend, 4. 12., 17 Uhr  
Montag, 5. 12., 18 Uhr  
Dienstag, 6. 12., 19 Uhr  
Mittwoch, 7. 12., 20 Uhr  
Donnerstag, 8. 12., 21 Uhr  
Freitag, 9. 12., 22 Uhr  
Samstag, 10. 12., 23 Uhr  
Sonntag, 11. 12., 24 Uhr  
Vorabend, 12. 12., 25 Uhr  
Montag, 13. 12., 26 Uhr  
Dienstag, 14. 12., 27 Uhr  
Mittwoch, 15. 12., 28 Uhr  
Donnerstag, 16. 12., 29 Uhr  
Freitag, 17. 12., 30 Uhr  
Samstag, 18. 12., 31 Uhr  
Sonntag, 19. 12., 1 Uhr  
Vorabend, 20. 12., 2 Uhr  
Montag, 21. 12., 3 Uhr  
Dienstag, 22. 12., 4 Uhr  
Mittwoch, 23. 12., 5 Uhr  
Donnerstag, 24. 12., 6 Uhr  
Freitag, 25. 12., 7 Uhr  
Samstag, 26. 12., 8 Uhr  
Sonntag, 27. 12., 9 Uhr  
Vorabend, 28. 12., 10 Uhr  
Montag, 29. 12., 11 Uhr  
Dienstag, 30. 12., 12 Uhr  
Mittwoch, 31. 12., 13 Uhr  
Donnerstag, 1. 1. 1., 14 Uhr  
Freitag, 2. 1. 1., 15 Uhr  
Samstag, 3. 1. 1., 16 Uhr  
Sonntag, 4. 1. 1., 17 Uhr  
Vorabend, 5. 1. 1., 18 Uhr  
Montag, 6. 1. 1., 19 Uhr  
Dienstag, 7. 1. 1., 20 Uhr  
Mittwoch, 8. 1. 1., 21 Uhr  
Donnerstag, 9. 1. 1., 22 Uhr  
Freitag, 10. 1. 1., 23 Uhr  
Samstag, 11. 1. 1., 24 Uhr  
Sonntag, 12. 1. 1., 25 Uhr  
Vorabend, 13. 1. 1., 26 Uhr  
Montag, 14. 1. 1., 27 Uhr  
Dienstag, 15. 1. 1., 28 Uhr  
Mittwoch, 16. 1. 1., 29 Uhr  
Donnerstag, 17. 1. 1., 30 Uhr  
Freitag, 18. 1. 1., 31 Uhr  
Samstag, 19. 1. 1., 1 Uhr  
Sonntag, 20. 1. 1., 2 Uhr  
Vorabend, 21. 1. 1., 3 Uhr  
Montag, 22. 1. 1., 4 Uhr  
Dienstag, 23. 1. 1., 5 Uhr  
Mittwoch, 24. 1. 1., 6 Uhr  
Donnerstag, 25. 1. 1., 7 Uhr  
Freitag, 26. 1. 1., 8 Uhr  
Samstag, 27. 1. 1., 9 Uhr  
Sonntag, 28. 1. 1., 10 Uhr  
Vorabend, 29. 1. 1., 11 Uhr  
Montag, 30. 1. 1., 12 Uhr  
Dienstag, 31. 1. 1., 13 Uhr  
Mittwoch, 1. 2. 1., 14 Uhr  
Donnerstag, 2. 2. 1., 15 Uhr  
Freitag, 3. 2. 1., 16 Uhr  
Samstag, 4. 2. 1., 17 Uhr  
Sonntag, 5. 2. 1., 18 Uhr  
Vorabend, 6. 2. 1., 19 Uhr  
Montag, 7. 2. 1., 20 Uhr  
Dienstag, 8. 2. 1., 21 Uhr  
Mittwoch, 9. 2. 1., 22 Uhr  
Donnerstag, 10. 2. 1., 23 Uhr  
Freitag, 11. 2. 1., 24 Uhr  
Samstag, 12. 2. 1., 25 Uhr  
Sonntag, 13. 2. 1., 26 Uhr  
Vorabend, 14. 2. 1., 27 Uhr  
Montag, 15. 2. 1., 28 Uhr  
Dienstag, 16. 2. 1., 29 Uhr  
Mittwoch, 17. 2. 1., 30 Uhr  
Donnerstag, 18. 2. 1., 31 Uhr  
Freitag, 19. 2. 1., 1 Uhr  
Samstag, 20. 2. 1., 2 Uhr  
Sonntag, 21. 2. 1., 3 Uhr  
Vorabend, 22. 2. 1., 4 Uhr  
Montag, 23. 2. 1., 5 Uhr  
Dienstag, 24. 2. 1., 6 Uhr  
Mittwoch, 25. 2. 1., 7 Uhr  
Donnerstag, 26. 2. 1., 8 Uhr  
Freitag, 27. 2. 1., 9 Uhr  
Samstag, 28. 2. 1., 10 Uhr  
Sonntag, 29. 2. 1., 11 Uhr  
Vorabend, 30. 2. 1., 12 Uhr  
Montag, 31. 2. 1., 13 Uhr  
Dienstag, 1. 3. 1., 14 Uhr  
Mittwoch, 2. 3. 1., 15 Uhr  
Donnerstag, 3. 3. 1., 16 Uhr  
Freitag, 4. 3. 1., 17 Uhr  
Samstag, 5. 3. 1., 18 Uhr  
Sonntag, 6. 3. 1., 19 Uhr  
Vorabend, 7. 3. 1., 20 Uhr  
Montag, 8. 3. 1., 21 Uhr  
Dienstag, 9. 3. 1., 22 Uhr  
Mittwoch, 10. 3. 1., 23 Uhr  
Donnerstag, 11. 3. 1., 24 Uhr  
Freitag, 12. 3. 1., 25 Uhr  
Samstag, 13. 3. 1., 26 Uhr  
Sonntag, 14. 3. 1., 27 Uhr  
Vorabend, 15. 3. 1., 28 Uhr  
Montag,

# Die „Sanierungs“-Gesetze im Seien Reaktion, Großbauern und PPS.

Der C. P. S. - Redaktion.

Wien, Januar 1926.

**Die bürgerlichen Parteien** aller von der gegenwärtigen Regierung betroffenen Kämmer Chancen und die darüber steht, daß der Staat zur Kapitalistischen „Sicherung“ einzutreten und allein in der Richtung der Erhöhung aller Kosten auf die wertvollen Massen, der Steigerung des Ausbeutung, der Schädigung des Arbeitnehmers bei beiden Vollausgaben ihm zu kommen. W. „Nur die sozialen bestehenden Kräfte“ und sie dieses „Sicherungsmaßnahmen“ wohl bewußt, wie das in den Maßnahmen der gegenwärtigen Regierung klar zum Ausdruck kommt. Es wäre daher anzunehmen, daß diejenigen Parteien, die vor geben, die Interessen der Werkstätten zu wahren, sich der nationalen Opposition gegenüber den Sanierungsplänen, der Bourgeoisie befürworten würden, wie das ja unter dem Druck der Massen zum Teil in Deutschland und Frankreich der Fall ist. Nicht so in Polen! Hier redeten die Sozialdemokraten — die Polnische Sozialistische Partei (PPS) — den Unternehmern (Adelsblod) und den Großbauern („Polski“) ihre brüderliche Hand, um im „Sinne der Verständigung“ auf dem Gebiet der Wirtschaft, die wir gemeinsam mit der Bourgeoisie wiederherstellen müssen“ (aus der Rede Piłsudski's auf dem Parteikongreß nach dem „Robotnik“ vom 2. 1. 26 zitiert) — eine Regierungsbündnis zu bilden.

Die von dieser Regierung eingebrachten „Sanierungs“-Gesetze entsprechen voll und ganz den Wünschen der bestehenden Klassen. Als erstes wurde am 10. Dezember 1925 das Gesetz „Über die Budgetprovisorium“ eingebracht, dessen Artikel 6 lautet:

„Bis zum 31. Dezember 1926 können seineszeit Gesetze in Kraft treten, die eine Zunahme der Ausgaben des Staates bewirken oder neue Lasten dem Staat auferlegen...“

Also — keine Zunahme der sozialen Unterstützung, obwohl das soziale Elend infolge des Anwachsens der Zahl der Erwerbslosen ins Unermessliche bei lächerlich niedrigen Unterstützungsgründen (10.000 d. h. weniger als 1/2 Dollar pro Woche pro Familie) usw. usw. — ständig zunimmt. So will es die Bourgeoisie und mit ihr ... die PPS, wobei der Arbeitsminister und PPS-Mann Ziemiencz sich nicht entblödet, gleichzeitig den Massen eine ... Erweiterung der sozialen Gesetzgebung zu verheißen.

Eine noch deutlichere Sprache spricht das „Sanierungs“-Gesetz „Über die Mittel, das Gleichgewicht des Budgets zu sichern“, welches kurz vor Weihnachten angenommen wurde. Artikel 2 dieses Gesetzes hält die Pensionen der Witwen und Waisen um 4 Prozent, die Gehälter der niedrigeren Staatsbeamten und Militärs um 4, bis 5 Prozent, der höheren — um 6 Prozent ab. Es wird somit dem hohen Beamten, dem Minister oder General um ganze 1/2 bis 2 Prozent mehr abgezogen, als vom Hungerslohn eines kleinen Beamten oder von der Witwen- und Waisenpension! Neben einer gesteigerten Ausbeutung der Lehrer durch Erhöhung der obligatorischen Stundenzahl der Unterrichtswoche bringt dieses Gesetz endlich noch die Auszahlung des Teuerungsindex bei Gehaltsrechnungen! Somit bezweckt dieses Gesetz die Einführung von Erspartissen auf Kosten der Witwen und Waisen der Gefallenen, der Invaliden, der Rentenempfänger und der Berufsmilitärs, sowie der niedrigsten Kategorien der Staatsbeamten. Die PPS stimmt im Parlament für dieses Gesetz, obwohl sie erst kurz vorher erklärte, sie befiehlt viele Wähler unter den niedrigeren Staatsbeamten, sie veree einem Gehaltsabbau der Beamten Kategorie 10 bis 14 stimmen. Derartige Gesetze kommen mit den Stimmen der PPS. zustande. Gesetze, die dem Staat 6 Millionen Rötl einbringen sollen, während 400 Millionen in Steuer, die die Industrie und der Landbesitz zu entrichten haben, rückständig sind. Solchen Dant erntet die kleinen Beamten und die Kleinrentner von der Partei, der sie in bedecktem Weise zum Wahlsieg verhalfen. Nicht umsonst höhnte die reaktionäre Presse am Tage nach der Annahme des Gesetzes und „herrschte diese in inneren Zermürbnißen lebende Partei“, indem sie schrieb:

„Die PPS streift eine Hand der Strafe entgegen, fordert zu Demonstrationen und Protesten auf, mit der andern Hand aber stimmt sie für den Abbau der Gehälter!“ (Kurjer Poznański vom 19. Dezember 1925.)

Zwei weitere „Sanierungs“-Gesetze lehren die Spiege gegen die Mittel- und Kleinbauern: 1. Erhöhung der Strafen für die rückständigen Steuern und 2. Errichtung der Steuern durch die Bauernschaft in natura.

Zur Durchführung der Arbeiterfrage verbreiteten die PPS-Leute die Lüge, diese Gesetze leiten gegen die bestehenden Klassen gerichtet, als Äquivalent für die Belastung der Werkstätten. Man begreift die Skamlosigkeit dieser Behauptung, wenn man erwagt, daß Artikel 1 des erstenen dieser beiden Gesetze die rückständige Vermögenssteuer von der Erhöhung der Strafe ausnimmt. Man beachte, daß die Zahler der leichteren Steuer am meisten im Rückstand sind.

Die Regierung zeigt somit weitgehendes „Verständnis“ für das neuerründigte Großkapital und Großgrundbesitz — der Bauer dagegen, der die ungeheure Steuerlast nicht tragen kann — wird mit erhöhten Strafen belegt, die die Höhe von 24 Prozent der Steuersumme erreichen. Die PPS trägt die volle Verantwortung für dieses Gesetz, denn als der Abgeordnete Skarpiel von der Unabhängigen Bauernpartei im Parlament den Antrag auf Streichung der Worte: „mit Ausnahme der Vermögenssteuer“ stellte, stimmten die PPS-Leute gegen diesen Antrag.

Ein sinnloses Dokument stellt gleichfalls das Gesetz „zur Sicherung eines genügenden Angebots von Artikeln des täglichen Bedarfs“ dar, wobei als Verantwortsteller sogar ein PPS-Mann fungierte. In der Regierungserklärung dazu heißt es offen und zutreffend:

„Die Regierung ... behauptet nicht, daß mit den in dem Gesetz vorgesehenen Mitteln die Teuerung zu bekämpfen sei. Die Regierung hat Verständnis für die Preisbildung, die in Abhängigkeit zur Weltkonjunktur, zur Stoffentwertung usw. steht, obwohl die Preise zweifelsohne hoch sind im Verhältnis zu Kaufkraft der breiten Bevölkerung.“

Somit gibt die Regierung zu, einen Kampf gegen die Teuerungsmasse weder zu beachtigen noch zu münzen. Das Gesetz ist lediglich ein Betrugsmanschet gegenüber den Massen und entzieht jeglichen realen Wertes.

1. Erhaltung der Arbeitnehmerrechte und der Arbeitnehmerrechte der Arbeitnehmer.

2. Wiederaufbau der Wirtschaftskräfte durch Zuführung von Unternehmern in der Form des Gewerbevereins und der Gewerbevereine in Stadt und Land.

3. Automatische Erhöhung der Arbeitnehmerlöhne während der Zunahme der Leistung.

4. Sicherstellung von Löhnern, die den minimalen Bedürfnissen entsprechen.

5. Sicherstellung des sozialen Arbeitnehmervertrages.

6. Verhinderung der Sabotage des Unternehmens auf dem Wege der Arbeitkontrolle über Produkte und Ausland durch Betriebsausschüsse.

7. Keine weitere Erhöhung der Wohnungsmieten.

8. Mietzinsverlassung an Arbeitsschulen.

9. Verhinderung des Grund und Bodens besitzenden, die tatsächlich darauf arbeiten, also den landlosen, landarmen Bauern auf dem Wege der unentgeldlichen Enteignung des Großgrundbesitzes.

10. Steuerfreiheit für alle, deren Einkommen nur den notdürftigen Bedürfnissen entspricht, im besonderen für die landlosen Bauern sowie Aushebung der indirekten Steuern.

11. Schlüß mit der Verteilung öffentlicher Mittel für Militär, Polizei.

12. Schlüß mit der gegenwärtigen ruhigenden und verbrecherischen militärischen Politik; Aufhebung wirtschaftlicher Beschlüsse mit den Nachbarländern, vor allem Abschließung eines Handelsabkommen mit der U. S. S. R.

13. Erhaltung der Arbeitnehmerrechte und der Arbeitnehmerrechte der Arbeitnehmer.

14. Wiederaufbau der Wirtschaftskräfte durch Zuführung von Unternehmern in der Form des Gewerbevereins und der Gewerbevereine in Stadt und Land.

15. Automatische Erhöhung der Arbeitnehmerlöhne während der Zunahme der Leistung.

16. Sicherstellung von Löhnern, die den minimalen Bedürfnissen entsprechen.

17. Sicherstellung des sozialen Arbeitnehmervertrages.

18. Verhinderung der Sabotage des Unternehmens auf dem Wege der Arbeitkontrolle über Produkte und Ausland durch Betriebsausschüsse.

19. Keine weitere Erhöhung der Wohnungsmieten.

20. Mietzinsverlassung an Arbeitsschulen.

21. Verhinderung des Grund und Bodens besitzenden, die tatsächlich darauf arbeiten, also den landlosen, landarmen Bauern auf dem Wege der unentgeldlichen Enteignung des Großgrundbesitzes.

22. Steuerfreiheit für alle, deren Einkommen nur den notdürftigen Bedürfnissen entspricht, im besonderen für die landlosen Bauern sowie Aushebung der indirekten Steuern.

23. Schlüß mit der Verteilung öffentlicher Mittel für Militär, Polizei.

24. Schlüß mit der gegenwärtigen ruhigenden und verbrecherischen militärischen Politik; Aufhebung wirtschaftlicher Beschlüsse mit den Nachbarländern, vor allem Abschließung eines Handelsabkommen mit der U. S. S. R.

25. Die bulgarische Bourgeoisie wird es verhindern, daß die österreichischen und amerikanischen Bankiers zur Fortsetzung ihrer Terrorarbeit eine Macht zu erhalten. Alle etlichen und denkbaren Elemente in der ganzen Welt, in England und Amerika vor allem, müssen alles gegen eine solche Macht antreten, so lange die Freiheit für das westliche Volk nicht wiederhergestellt ist.

26. Die bulgarische Bourgeoisie wird es verhindern, daß die österreichischen und amerikanischen Bankiers zur Fortsetzung ihrer Terrorarbeit eine Macht zu erhalten. Alle etlichen und denkbaren Elemente in der ganzen Welt, in England und Amerika vor allem, müssen alles gegen eine solche Macht antreten, so lange die Freiheit für das westliche Volk nicht wiederhergestellt ist.

Arbeiter und Bauern! Ihr steht fortwährend, daß in den bulgarischen Gefangenissen Tausende von Arbeitern und Bauern schmachten, daß Tausende von bulgarischen Kämpfern in der Emigration sterben. Als Antwort auf den ganzen Gesellschaftsschwindel vergeblich eure Hilfe für die bulgarischen Brüder!

## Rampf dem Terrorregime in Bulgarien!

### Ein Aufruf der Komintern

Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale richtet an die Werkstätten aller Länder einen Aufruf, in dem aufgerufen wird, den Kampf gegen das in Bulgarien herrschende Regime unentwegt weiter zu kämpfen. In dem Aufruf heißt es:

# Der erste Schritt: Volksbegehren!

Das Volksbegehren ist der einzige Weg, auf dem das Volk einen Volksentscheid herbeizuhören kann. Die Bekanntmachungen über das Volksbegehren sind enthalten in den Artikeln 73 und 75 der Reichsverfassung, seiter in dem Artikel über den Volksentscheid vom 31. Dezember 1923. Auf Grund dieser Gesetze kann ein Dechant der Reichs-Landtagswahl durch ein Volksbegehren einen bestimmten Wahlkreis verlassen, d. h. nicht mehr bestimmen. Eine Eintragung ist jeder Rechtsgeschwister, also alle

20-jährigen Deutschen männlichen und weiblichen Geschlechts, die in der Wählerliste eingetragen sind. Erklärt ein Eintragungsbericht, daß er nicht schreiben kann, so wird seine Unterchrift durch die Zeichnung dieser Erklärung ersetzt. Im Gegenzug zum Volksentscheid ist also das Verfahren des Volksbegehrens öffentlich, d. h. jeder Unterstehender des Volksbegehrens muß seinen Namen, Beruf und Wohnung öffentlich in die Eintragungstafeln eingetragen.

Die Kosten der Herstellung der Eintragungstafeln und ihrer Versendung an die Gemeindebehörden fallen den Antragstellern zur Last. Die übrigen Kosten trägt das Reich. Da die Herstellung eines Volksbegehrens 20.000 Mark betragen, bilden sie kein Hindernis eines Volksbegehrens durch eine Massenbewegung.

Nach diesen Erläuterungen wird es wohl jedem klar sein, daß sich 100.000 ihrer stimmberechtigten Mitglieder unterstützen. Dieser Antrag muß von 5000 Stimmberechtigten unterschrieben sein, wobei das Stimmrecht der Unterzeichner des Antrages durch Bestätigung der Gemeindebehörde ihres Wohnortes nachzuweisen ist. Von der Aufbringung dieser 5000 Unterschriften kann abgesehen werden, wenn die Vorhandenschaft einer Vereinigung den Antrag stellt und gäubhaft macht, daß sich 100.000 ihrer stimmberechtigten Mitglieder unterstützen. Weiter die Zustellung des Antrages durch Bestätigung der Gemeindebehörde ihres Wohnortes nachzuweisen ist. Von der Aufbringung dieser 5000 Unterschriften kann abgesehen werden, wenn die Vorhandenschaft einer Vereinigung den Antrag stellt und gäubhaft macht, daß sich 100.000 ihrer stimmberechtigten Mitglieder unterstützen. Weiter die Zustellung des Antrages durch Bestätigung der Gemeindebehörde ihres Wohnortes nachzuweisen ist. Die Eintragungsfrist selbst, d. h. die Zeit der Auslegung der Eintragungstafeln, soll in der Regel 14 Tage umfassen. Nach der Veröffentlichung durch den Reichsminister des Innern kann der Antrag nicht mehr geändert werden, aber bis zum Ablauf der Eintragungsfrist jederzeit zurückgenommen werden.

Alle Gemeindebehörden müssen innerhalb der Eintragungsfrist allen Eintragungsberechtigten Gelegenheit geben, sich in die Listen eingehändig einzutragen. Die Eintragung muß enthalten Vor-

namen, bei verheirateten oder verheiratet gewordenen Frauen auch den Geurtenamen, Beruf und Wohnung.

Eintragungsberechtigt ist jeder Rechtsgeschwister, also alle

20-jährigen Deutschen männlichen und weiblichen Geschlechts, die in der Wählerliste eingetragen sind. Erklärt ein Eintragungsbericht, daß er nicht schreiben kann, so wird seine Unterchrift durch die Zeichnung dieser Erklärung ersetzt. Im Gegenzug zum Volksentscheid ist also das Verfahren des Volksbegehrens öffentlich, d. h. jeder Unterstehender des Volksbegehrens muß seinen Namen, Beruf und Wohnung öffentlich in die Eintragungstafeln eingetragen.

Die Kosten der Herstellung der Eintragungstafeln und ihrer Versendung an die Gemeindebehörden fallen den Antragstellern zur Last. Da die übrigen Kosten trägt das Reich. Da die Herstellung eines Volksbegehrens 20.000 Mark betragen, bilden sie kein Hindernis eines Volksbegehrens durch eine Massenbewegung.

Nach diesen Erläuterungen wird es wohl jedem klar sein, daß die hierfür erforderlichen vier Millionen Stimmen werden sicher leicht aufzutragen sein trotz der Schwierigkeit der öffentlichen Eintragung und trotz der zu erwartenden Sabotage durch manche Landesregierungen und viele Gemeindebehörden, die sicherlich versuchen werden, durch eine Beschränkung der Auslegung der Eintragungstafeln diese Eintragung zu erschweren.

Alles in allem sind also die Aussichten für das eingeleitete Volksbegehren außerordentlich günstig, wenn organisatorisch und politisch alle Kräfte der Arbeiterklasse angepeilt werden und in zähem Kampf auch die Sabotage der Bürokratie überwunden wird.

## Ist entzündungsfreie Enteignung? Verfassungsänderung?

Die Monarchisten wenden gegen den Gesetzentwurf auf entzündungsfreie Enteignung ein, daß er den Verfallung widerspreche. Nun besagt die Reichsverfassung im Artikel 153 vollkommen klar: „Eine Enteignung kann nur zum Wohle der Allgemeinheit und auf gesetzlicher Grundlage vorgenommen werden. Sie erfolgt gegen angemessene Entschädigung, soweit nicht ein Reichsrecht etwas anderes bestimmt. Wegen der Höhe der Entschädigung ist im Streitfalle der Rechtsweg bei den ordentlichen Gerichten offen zu halten, soweit Reichsgesetze nichts anderes bestimmen.“ Enteignung durch das Reich gegenüber Ländern, Gemeinden und gemeinnützigen Verbänden kann nur gegen Entschädigung erfolgen.“

Nach dem absolut klaren und eindeutigen Wortlaut der Verfassung ist entzündungsfreie Enteignung möglich, sofern sie durch Reichsgesetz ausgesprochen wird. Durch Reichsgesetz kann auch der Rechtsstreit vollständig ausgeglichen werden. Nur dann, wenn Länder, Gemeinden und gemeinnützige Verbände enteignet werden sollen, muß eine Entschädigung gezahlt werden. Die ehemaligen Fürstenhäuser tragen aber nicht diesen öffentlichen Charakter und bestehen aus reinen Privatpersonen.

## Die Demokraten gegen Volksentscheid

Der Demokratische Zeitungsdienst veröffentlicht eine Erklärung, wonach die Demokraten zusammen mit den übrigen bürgerlichen Parteien die entzündungsfreie Enteignung nicht unterstützen werden. Die Demokraten empfehlen schon jetzt ihren Abgeordneten, die Stimme beim Volksentscheid zu enthalten.

Es bleibt natürlich abzuwarten, ob die meist aus Neubürgerlichen Kreisen bestehenden Anhänger der Demokratischen Partei dieser Lösung folgen werden. Wie sind davon überzeugt, daß die überwiegende Masse der bürgerlichen Demokraten die zugunsten der Fürsten eingenommene Stellung ihrer Parteileitung verurteilen und für den Volksentscheid stimmen werden.







